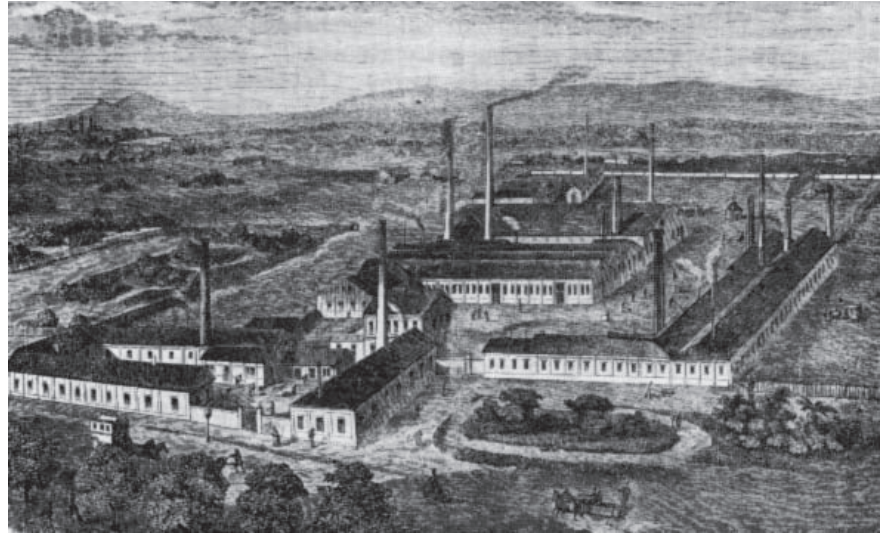


und dem Wiener Neustädter Kanal eine neue imposante Fabrik errichtete. 1856 erfolgte die Gründung der „Messing-, Zink- und Kupferwerke Chaudoir&Comp“ auf dem Areal des heutigen Strindberg-Hofes, 1865 die „Hefe und Malzfabrik Mautner Markhof“, 1869 die „Erste österreichische Jutespinnerei und Weberei“ am Geiselberg, 1871 die Hauptwerkstätte der damaligen Staatseisenbahn-Gesellschaft (nunmehr ÖBB) sowie 1877 die „Erste österreichische Seifensieder-Gewerks-Gesellschaft“ (jetzt Unilever) in der Grillgasse. Simmering wurde so zu einer bedeutenden Industriegemeinde vor den Toren Wiens, die tausenden Zuwanderern aus allen Teilen der Monarchie neue Arbeit bot. Dementsprechend bildeten auch bald die Lohnarbeiter die Bevölkerungsmehrheit in der Gemeinde. Mächtige Werkhallen und in den Himmel ragende Fabriksschlote sowie finstere Zinskasernen verdrängten die bisherigen landwirtschaftlichen Anbauflächen bzw. die brachliegenden Grundstücke der Simmeringer Landwirte.

Während dessen bewahrte sich die Gemeinde Kaiser-Ebersdorf aufgrund ihrer geographischen Lage abseits der damaligen Hauptverbindungsachsen und aufgrund der – für damalige Verkehrsverhältnisse – großen Entfernung nach Wien bis zur Eingemeindung ihren dörflichen Charakter. Auch wenn die Industrialisierung Kaiser-Ebersdorfs bereits im Jahre 1785 mit einer Metallwarenfabrik im alten Jesuitengut früher als in



Messingfabrik Strindberggasse 1

Simmering begann - diese ging 1881 in der Alpine-Montan-Gesellschaft auf - blieb diese Fabrik der einzige Industriebetrieb. Er wurde so zur wichtigsten Einnahmequelle der Gemeinde Kaiser-Ebersdorf und bot um 1903 rund 850 Bewohnern Arbeit. Der Rest der rund 2.000 Einwohner zählenden Bevölkerung verdiente sich seinen Lebensunterhalt weiterhin in der Landwirtschaft, die infolge der Trockenlegung der Simmeringer Haide bedeutende Flächenzuwächse erfuhr. Die Bedeutung Kaiser-Ebersdorfs für die Stadt Wien und den Staat insgesamt in dieser Zeit basierte darauf, dass das Schloss Ebersdorf und seine wildreiche Umgebung von 1499 bis 1752 im Besitz der Habsburger als Landesherren Österreichs unter der Enns stand.



Artilleriekaserne in Kaiser Ebersdorf

Ab 1781 diente das Schloss bis zum Ende der Monarchie zunächst als Offiziersstücher-Bildungsanstalt und danach als Militärkaserne, ehe es ab 1920 als Erziehungsanstalt für schwer erziehbare Jugendliche und ab 1938 als Jugendgefängnis diente; seit 1975 ist darin die Justizanstalt Wien - Simmering untergebracht. Kaiser-Ebersdorf hatte mit dem riesigen Areal des Artillerieschießplatzes in der tro-

ckengelegten Simmeringer Haide, der Artilleriekaserne, dem Monturdepot im Schloss Kaiserebersdorf sowie dem wichtigen Munitionsdepot im Schloss Neugebäude auch eine bedeutende – wenn auch von den Bewohnern leidvoll erduldet – militärische Funktion. Schließlich kaufte die Gemeinde Wien im Gebiet der Katastralgemeinde Kaiser-Ebersdorf ein riesiges Areal und errichtete im Jahre 1874 den Zentralfriedhof.

Die Entwicklung in der Großregion Wien führte zu einer immer stärkeren, wirtschaftlichen und administrativen Verflechtung der weiterhin autonomen Vororte-Gemeinden mit der Stadt Wien. Immer mehr Staats- und Privatbeamte, aber auch Kleingewerbetreibende lebten wegen der deutlich geringeren Mietkosten in den Vororten, während sie in Wien ihren Arbeitsplatz fanden. Zudem war die in den Vororten lebende und arbeitende Bevölkerung vornehmlich für die Stadt Wien tätig. So arbeitete im Jahre 1880 rund die Hälfte der Vororte-Bewohner in Wien, während 43 % der Unternehmen und 63 % der Arbeiter vorwiegend Produkte für die Stadt Wien herstellten. Dies führte zu einem stetigen Wachsen der Vororte, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung im Großraum Wien von 1857 bis 1890 von 23 % auf 39 % stieg. Schließlich dehnten sich die Vororte von 1850 bis 1890 flächenmäßig derart aus, dass sie kurz vor der Eingemeindung nur noch durch den Linienwall von Wien getrennt waren. Zeichen dieser steigenden Vernetzung der Stadt mit ihren Vororten waren in Simmering der Bau einer eigenen Straßenbahnremise auf Höhe Hauptstraße 32 sowie der Anschluss an die 1. Wiener Hochquellwasserleitung mit fünf Auslassbrunnen im Gemeindegebiet im Jahre 1880.

Die Eingemeindung der Vororte – eine 20 Jahre dauernde Diskussion

Dieser rasante Bevölkerungsanstieg bedeutete für alle Vororte-Gemeinden hohe Anforderungen hinsichtlich des Ausbaus der technischen und sozialen Infrastruktur. Vielfach überstiegen diese die finanziellen Möglichkeiten vor allem der kleineren Gemeinden. Die zunehmende Interdependenz Wiens und seiner Vororte machte gleichzeitig auch ein gemeinsames Vorgehen in vielen kommunalen Angelegenheiten wie dem Sanitäts- oder Bauwesen erforderlich, um Missstände zu vermeiden. Aus diesem Grund kamen bereits im Jahre 1870 erste Diskussionen rund um eine Eingemeindung der Vororte auf, als erkennbar wurde, dass diese finanziell zu schwach waren, die infolge des stetig steigenden Bevölkerungswachstums erforderlichen Infrastrukturaufgaben wahrzunehmen. Bereits 1871 traten besorgte Bewohner der Vororte in einer Petition an den NÖ-Landtag in diesem Sinne heran, in der Hoffnung auf baldige Infrastrukturinvestitionen durch die Stadt Wien. Gleichzeitig sollte der alte Linienwall geschliffen und die Verzehrsteuer aufgehoben bzw. pauschaliert werden, um die Wirtschaftskraft der Kleinbetriebe in den Vororten nicht zu gefährden. Die Gemeinde Wien war dieser Idee schon damals grundsätzlich positiv gestimmt, doch sprachen sich die Politiker fast aller Vororte aus wirtschaftlichen Überlegungen gegen ein solches Ansinnen aus. Sie bevorzugten die Vereinigung untereinander zu einer neuen Stadt mit eigenem Statut als wirtschaftliches Gegengewicht vor den Toren Wiens, um die kommunalen Aufgaben besser bewältigen zu können.

Den unmittelbaren Anstoß für die Realisierung der von großen Teilen der Bevölkerung geforderten Eingemeindung der Vororte gab rund 15 Jahre später Kaiser Franz Josef selbst, der im Rahmen der Eröffnung des Türkenschanz-parks am 30. September 1888 kundtat, das er sich wünsche, dass „die „physische Vereinigung“ der Vororte mit der Stadt Wien bald stattfinde“. Der sanfte Druck, der vom Kaiser ausging, bewirkte, dass nun erstmals ernsthafte Verhandlungen zu diesem Thema stattfanden. Haupthindernis einer schnellen Einigung war dabei vor allem die konkrete Ausgestaltung der neuen Verzehrsteuer, da der vom k.k. Finanzminister vorgeschlagene Entwurf zu einer erheblichen steuerlichen Mehrbelastung der Betriebe in den Vororten geführt hätte. Die Bürger der Vororte forderten daher, neben einer generellen Herabsetzung der Steuersätze, unter anderem eine deutliche